

Grüne-Fraktion steht hinter B33-Beschluss

Forderung: Grundsatzentscheidung umsetzen

Quelle: SchwaBo 24.03.2012

Haslach (nis). Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Haslacher Gemeinderat fordert ein konsequentes Festhalten an der Grundsatzentscheidung des Gremiums zur B33-Umfahrung. Damit reagiert sie auf eine Presseerklärung von Bürgermeister Heinz Winkler (Freie Wähler). Darin hatte dieser über eine Gemeinderatsentscheidung informiert, den Beschluss zum Verkauf von Flächen im Gewerbegebiet Mühlegrün zu vertagen (wir berichteten).

Für die Gemeinderäte der Grünen steht fest, dass die Beschlusslage zur B33-Umfahrung eindeutig ist. »Der Stadtrat hat allen Varianten im hochwassergefährdeten Kinzigvorland eine klare Absage erteilt und am 14. Februar mit guten Gründen und großer Mehrheit eine Tunnellösung gefordert«, schreiben sie in einer Presseerklärung. Es sei Pflicht der Verwaltung, dies mit allen Konsequenzen umzusetzen. Stattdessen versuche Bürgermeister Winkler, die »Bündelungstrasse« an der Kinzig »durch die Hintertür« wieder ins Spiel zu bringen. »Unter Ausschluss der Öffentlichkeit, in der nichtöffentlichen Sitzung am vergangenen

Dienstag, empfahl er ›dringend‹, das ehemalige Sägewerkareal im Mühlegrün für ebendiese »Bündeltrasse« freizuhalten und die Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums abzuwarten«, heißt es in der Erklärung der Grüne-Fraktion. Sie und die Fraktion der Freien Wähler hätten – gegen die Mehrheit aus CDU und SPD – dieses Vorgehen abgelehnt, weil das die Grundsatzentscheidung des Rats untergrabe.

»Wie glaubwürdig ist ein Stadtrat, der vollmundig in der Stadthalle den Tunnel fordert und gleichzeitig alles dafür vorbereitet, dass die oberirdische Variante zum Zuge kommt, falls der Tunnel in einer ersten Stellungnahme des Ministeriums abgelehnt wird?« fragen die Mitglieder der Grüne-Fraktion und betonen, dass sie ohne Wenn und Aber zu der Grundsatzentscheidung stünden. Die Freihaltung der Trasse würde die Stadtkasse auf Jahre hinaus mit einem Kredit über knapp 400 000 Euro belasten, schreiben sie. Das sei »ein zu stolzer Betrag, wenn man die anstehenden Aufgaben und die Verschuldung unserer Stadt berücksichtigt.«